

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

19.04.2023

Inhalt

EWN

1 „Castor-Röntgen“ in Lubmin als Pilotprojekt <i>Ostsee-Zeitung - Bad Doberaner Zeitung, 19.04.2023</i>	3
2 Wasserstoff soll Job-Wunder für MV werden <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 19.04.2023</i>	5
3 Nach Protesten gegen LNG-Terminal: Scholz und Habeck kommen nach Rügen <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 19.04.2023</i>	6
4 Dobrindt fordert Rückbau-Stopp der letzten Atomkraftwerke <i>tagesspiegel.de, 18.04.2023</i>	7
5 Neubau auf dem KKW-Gelände <i>Bremer Nachrichten - Die Norddeutsche, 19.04.2023</i>	8

📰 Ostsee-Zeitung - Bad Doberaner Zeitung | 19.04.2023 | S. 13

📄 Auflage: 6.996 | Reichweite: 20.409

👤 Martina Rathke

ATOMLAGERUNG

„Castor-Röntgen“ in Lubmin als Pilotprojekt

Forscher arbeiten daran, nichtinvasive Methoden für die Überwachung der atomaren Altlast zu nutzen

74 Castoren in Lubmin: Niemand weiß, wann die hoch radioaktive Altlast von dort verschwindet, weil sich die Endlagersuche in Deutschland verzögert. Was passiert im Inneren der Behälter, die nun vermutlich weit über 2050 hinaus in Lubmin deponiert sind? Im Zwischenlager Nord der **Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH (EWN)** ist ein Forschungsprojekt gestartet, um in das Innere der Castoren zu schauen. Das Ziel: den Zustand der Brennelemente sowie Veränderungen langfristig zu erkennen, ohne die gefährliche Fracht öffnen zu müssen.

Strahlentechnikexperten der Hochschule Zittau entwickelten dafür Messmethoden zur Behälterüberwachung, die seit März erstmals an den Lubminer Castoren getestet werden. Mit dieser Methode (DCSII-Monitoring) soll laut **EWN** die Neutronen- und Gammastrahlung, die vom Inventar ausgeht, an der Behälteroberfläche komplett über Umfang und Höhe des Castors gemessen werden. „Mit diesen Bildgebungsverfahren lässt sich die Lage des Inventars bestimmen“, so **EWN**-Sprecher Kurt Radloff. Das Projekt ist nach **EWN**-Angaben deutschlandweit einmalig und könnte damit auch für andere Standorte Pilotcharakter haben. Gemessen wird die von der atomaren Fracht ausgehende Strahlung, die in ganz geringem Teil durch den dicken Stahlmantel der Castoren auch in die Umgebung geht. Wenn sich ein Brennelement in der Lage verändert hat, müsse man damit auch in der Umgebung sehen können, dass sich die Strahlung ändert, so Michael Wagner, vom Bereich Bildgebende Messverfahren für die Energie- und Verfahrenstechnik an der TU Dresden. Im Umkehrschluss: „Wenn man keine Unterschiede erkennt, kann man sehr sicher davon ausgehen, dass sich auch nichts verlagert“, so die Annahme.

Die TU Dresden hat noch eine zweite Methode im Blick, um in das Innere der Atommüllbehälter zu

leuchten: Die Myonen-Tomografie, die bereits in der Archäologie und bei der Gletscherforschung angewandt wurde. Dieser Forschungszeitung sei noch relativ jung, lasse aber eine zerstörungsfreie Analyse von Objekten zu, so **EWN**-Sprecher Radloff.

Mit dieser Methode hatte ein Forscherteam in Ägypten vor etwa sechs Jahren einen riesigen, bislang unbekanntes Hohlraum in der Cheops-Pyramide entdeckt. Die Forscher machten sich dabei die Myonen zunutze, kleinste Elementarteilchen, die in der obersten Erdatmosphäre entstehen, auf die Erde niederprasseln und auch dichte Objekte durchdringen. Abhängig vom Material, auf das sie treffen, werden die kosmischen Teilchen unterschiedlich absorbiert oder abgelenkt. Wie präzise die Messergebnisse waren, zeigte sich in diesem Jahr: Mit einem Endoskop machten Wissenschaftler ein Foto, das die Existenz der Grabkammer beweist. Forscher der TU Dresden arbeiten nun an dem Einsatz der Myonen-Tomografie bei der Castor-Inspektion.

„Wir gehen davon aus, dass wir innerhalb der kommenden drei Jahre mit Messreihen beginnen können“, sagt Wagner. Ob die Messmethode dann auch die hohen Erfordernisse der Castor-Überwachung erfülle, werde sich dann zeigen. Die **EWN** GmbH erwartet, dass präzise Messmethoden wie diese das Öffnen von Castoren zu Überwachungszwecken überflüssig machen. Ein Öffnen des Behälters würde dann keinen darüber hinausgehenden Erkenntnisgewinn ermöglichen“, so **EWN**-Sprecher Radloff. Eine Heiße Zelle sei deshalb nicht nötig.

Die Grünen widersprechen. „An jedem Zwischenlagerstandort muss es die Möglichkeit geben, mit hoch radioaktiven Materialien in einer sicher abgeschirmten Umgebung umgehen zu können. Dafür bedarf es einer Heißen Zelle“, sagt Landtagsabgeordneter

Hannes Damm. Das gelte insbesondere für Lubmin, wo der Zwischenlager-Neubau Estral einen neuen Sicherheitsstandard für Deutschland definieren werde. Damm ist skeptisch, ob die Messmethoden tatsächlich einen solchen Erkenntnisgewinn bringen, um auf eine Öffnung verzichten zu können. Die Technik stecke noch in den Kinderschuhen.

Für das neue Zwischenlager läuft derzeit das Genehmigungsverfahren. Bislang fordert das Bundesamt für Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), das für die Genehmigung zuständig ist, den Einbau einer Hei-

ßen Zelle nicht. Sollten die Genehmigungsbehörden den Einbau einer Heißen Zelle fordern, will die **EWN** GmbH nachsteuern. Das Estral sei so dimensioniert, dass ein Anbau später erfolgen könne. Die Umlagerung der Castoren in das neue Lager soll laut aktuellen Planungen zwischen 2027 und 2029 beginnen.

Zitat-Text:

”Mit diesen Bildgebungsverfahren lässt sich die Lage des Inventars bestimmen.” - Kurt Radloff, EWN-Sprecher



Bildunterschrift: Blick in Halle 8 im Zwischenlager Nord der EWN GmbH in Lubmin. Weil die Endlagersuche stockt, werden die Castoren voraussichtlich noch länger in Lubmin lagern. Aktuell wird ein neues Zwischenlager geplant. - Foto: Stefan Sauer

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 19.04.2023 | S. 14

 Auflage: 26.542 | Reichweite: 70.189

 Andreas Meyer

WASSERSTOFF STATT ERDGAS

Wasserstoff soll Job-Wunder für MV werden

Deutschland braucht daher das LNG-Terminal vor Rügen, sagt Till Mansmann, Wasserstoff-Beauftragter des Bundes

Werden in MV schon bald „grüne“ Treibstoffe für Flugzeuge und Autos produziert? „Das mag nach Wunschdenken klingen, ist aber absolut realistisch“, sagt Till Mansmann. Der Wasserstoff-Beauftragte der Bundesregierung mahnt MV zu mehr Tempo beim Aufbau einer klimafreundlichen Wasserstoffproduktion. Und: Deutschland brauche das LNG-Terminal vor Rügen, um in Zukunft in großem Stil Wasserstoff statt Flüssiggas importieren zu können.

„Das ist der Treibstoff der Zukunft. Und MV kann dabei eine Schlüsselrolle für Deutschland spielen - bei der Eigenproduktion und auch beim Import“, so Mansmann. Das könnte MV tausende neuer Jobs bringen. Mansmann ist Diplom-Physiker und Bundestagsabgeordneter. Seit Mitte 2022 soll er für den Bund den Ausbau der Wasserstofftechnologie in der Republik voranbringen. In den kommenden Wochen will die Regierung die Wasserstoff-Strategie bis 2035 vorlegen. Mansmann verrät: „Wir werden 100 Terrawatt pro Jahr importieren müssen, um unseren Bedarf zu decken.“ Ob in Gasform, gebunden in Ammoniak oder Methanol: MV werde beim Import eine zentrale Rolle spielen. In Rostock planen der Gas-Riese VNG aus Leipzig und der norwegische Staatskonzern Equinor bereits ein neues Wasserstoff-Drehkreuz. Lubmin werde ebenfalls gebraucht - und auch das neue LNG-Terminal vor Rügen, so Mansmann. „LNG ist eine Zwischenlösung. In nicht allzu ferner Zukunft brauchen wir das Flüssiggas nicht mehr, haben aber vor Rügen eine Infrastruktur, die gut und wichtig ist für den Import von sauberem Wasserstoff.“

Doch anders als beim Erdgas sieht der Bund MV dieses Mal nicht als reines „Transitland“ - sondern perspektivisch auch als einen der größten Produzenten von Wasserstoff in Deutschland: „Seit Jahren produziert MV mehr Energie als es selber verbraucht. Diese

Überkapazitäten machen am Ende den Strom teuer und werden bisher nicht genutzt.“ Der Nordosten müsse deshalb beim Ausbau einer eigenen Produktion Gas geben: „Wir werden künftig Treibstoffe für Autos oder auch Flugzeuge aus grünem Wasserstoff benötigen - und die werden dort produziert, wo es viel sauberen Strom gibt“, so Mansmann. Ja, andere Regionen der Welt könnten Wasserstoff günstiger produzieren: „Aber aus strategischen Gründen ist es wichtig, dass Deutschland auch einen Teil seines Bedarfs selbst decken kann.“ David Wulff (links), Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP MV, hofft auf eine „Industrie-Revolution“: „Wir haben die einmalige Chance, Betriebe zu uns zu locken, die viel Energie brauchen - günstige saubere Energie“, so Wulff. Autohersteller, Chemie-Konzern seien auf der Suche nach solchen Standorten. In Rostock planen die Energie-Riesen EnBW, RWE und RheinEnergie sowie der Hafen-Betreiber Rostock Port den Bau einer Produktionsanlage für Wasserstoff. Bis 2026 soll die 100-Megawatt-Elektrolyse-Anlage auf dem Gelände des Steinkohlekraftwerks stehen. Doch seit Monaten gibt es kaum Neues zu dem Projekt. Die Verantwortlichen waren am Dienstag gar nicht erst erreichbar.

In Lubmin sieht es besser, sagt auch Mansmann: Dort will das Unternehmen HH2E bereits bis 2025 einen 100-Megawatt-Elektrolyseur in Betrieb nehmen, die Anlage auf bis zu 1 Gigawatt nach und nach aufrüsten. Luis Ramos, Sprecher des Wasserstoff-Erzeugers, kündigt an: „Wir hoffen, noch in diesem Jahr mit dem Bau beginnen zu können.“

Zitat-Text:

„Das ist der Treibstoff der Zukunft.“ - Till Mansmann, Wasserstoff-Beauftragter der Bundesregierung

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 19.04.2023 | S. 1

📄 Auflage: 26.542 | Reichweite: 70.189

👤 Christopher Hirsch

Nach Protesten gegen LNG-Terminal: Scholz und Habeck kommen nach Rügen

Nach anhaltenden Protesten gegen den Bau eines Flüssigerdgas-Terminals vor oder auf Rügen folgt die Bundesregierung dem Ruf nach einem Besuch vor Ort. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) werden am Donnerstag zu einer Gesprächsrunde mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Binz erwartet. Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig sagte am Dienstag, sie werde an dem Gespräch teilnehmen, ebenso der Schweriner Wirtschaftsminister Reinhard Meyer und Umweltminister Till Backhaus (alle SPD).

Wiederholt hatten sich Kritiker auf der Insel nicht nur

gegen das geplante Terminal ausgesprochen, sondern auch eine offenere Kommunikation des Bundes eingefordert. Die Bundesregierung will, wie auch schon in der Nordsee, am Standort Rügen ein von ihr gechartertes Spezialschiff zur Anlandung von Flüssigerdgas (LNG) in Stellung bringen und plant dafür entsprechende Infrastruktur. Es wäre nach dem Mitte Januar eröffneten und privatwirtschaftlich betriebenen Terminal in Lubmin das zweite in Vorpommern.

Die Gegner des Terminals auf der Insel haben sich gegen das Projekt gewehrt: Demos, Umfragen, eine Bundestagspetition, Erklärungen und Briefe an die Bundesregierung - bislang ohne Antwort.

Dobrindt fordert Rückbau-Stopp der letzten Atomkraftwerke

Nach dem Abschalten der letzten drei AKW fordert CSU-Landesgruppenchef Dobrindt, Maßnahmen zu erstellen, die weiterhin einen Reservebetrieb ermöglichen.

CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt fordert nach dem Abschalten der letzten drei Atomkraftwerke Vorkehrungen für einen weiterhin möglichen Reservebetrieb. Dazu gelte es, Rückbaupläne zu stoppen, Brennstäbe zu bestellen und die Mitarbeiter zu halten, sagte Dobrindt am Dienstag in Berlin.

Aus diesen drei Maßnahmen könne ein Reservebetrieb organisiert werden, der für den nächsten Winter und die folgenden durchaus notwendig sein könne. Dobrindt kritisierte, dass die Ampel-Koalition neue Abhängigkeiten von Strommengen aus dem Ausland geschaffen habe, die aber nur dann geliefert würden, wenn sie dort auch vorhanden seien. „Dafür gibt es allerdings überhaupt keine Garantien.“

Das Aus der deutschen Meiler sei daher „ein erheblicher Fehler, der sich bitter rächen kann“. Noch gebe es die Möglichkeit, diese falsche Entscheidung zu korrigieren. Dobrindt verteidigte den Vorstoß des bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder (CSU), das am Wochenende mit abgeschaltete Atomkraftwerk Isar 2 in Landesregie weiter betreiben zu können. „Es gibt Länder in Europa, die deutlich kleiner sind als der Freistaat Bayern und Kernenergie betreiben.“ Manche Häme aus der Berliner Politik über die Forderung sei unverständlich und abwegig.

Dobrindt kritisierte, dass die Ampel-Koalition zugleich auch keine Maßnahmen treffe, um die Energiesicherheit in Bayern und im Süden Deutschlands zu stärken.

📰 Bremer Nachrichten - Die Norddeutsche | 19.04.2023 | S. 6

📄 Auflage: 1.607 | Reichweite: 4.998

👤 Ulla Uden

Neubau auf dem KKKU-Gelände

BGZ plant ein Wach- und Funktionsgebäude für den Zwischenlagerbetrieb

Wesermarsch. Während der Reaktorbehälter des alten Kernkraftwerks Unterweser gerade zerlegt wird, ist der Zwischenlager-Betreiber BGZ mit Neubauplänen auf dem Gelände beschäftigt. Noch in diesem Jahr könnten die Vorbereitungen dafür starten.

Beim 2011 stillgelegten Kernkraftwerk Unterweser (KKU) in Kleinensiel denkt man in erster Linie an den Rückbau der Anlage. Derzeit wird dort etwa der Reaktordruckbehälter, das Herzstück des früheren Kraftwerks, zerlegt. Tatsächlich wird aber auf dem Areal auch neu gebaut. Verantwortlich dafür ist die Bundeseigene Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ). Die Betreibergesellschaft der drei Zwischenlager beim KKKU will dort ein 3700 Quadratmeter großes dreigeschossiges Wach- und Funktionsgebäude bauen.

Geplant ist ein Gebäude von 86 Metern Länge, 20 Metern Breite und 13 Metern Höhe. Es umfasst einen Wachgebäude- und einen Funktionsbereich mit Büroräumen, Werkstätten und Lagerräumen sowie einer Betriebsfahrzeughalle. Derzeit bearbeitet der Landkreis Wesermarsch den Bauantrag. Die BGZ rechnet aber damit, dass noch in diesem Jahr die Baustellen-Vorbereitung erfolgen kann. Die Baukosten schätzt das Unternehmen zwischen sechs und zehn Millionen Euro ein. „Diese Spanne ist nicht zuletzt den dramatischen Preisentwicklungen der vergangenen Monate geschuldet“, erklärt BGZ-Pressesprecher Jonas Wingert.

Der Neubau soll auf dem westlichen Teil des KKKU-Geländes direkt neben dem Zwischenlager 2 für schwach- und mittlerradioaktive Abfälle entstehen. Zweck des neuen Gebäudes ist die vollständige Entkopplung der BGZ-Zwischenlager vom Kernkraftwerk Unterweser und damit auch von dessen Eigentümer Preussen Elektra. Derzeit nutzt das Zwischenlager noch Teile der Infrastruktur sowie Dienstleistungen des KKKU. „Diese Infrastruktur wird aber natürlich mit zurückgebaut“, erklärt Wingert. Zudem sei die Über-

gabe der Leistungen von Preussen Elektra an die BGZ und damit die klare Trennung zwischen dem Betrieb des Kernkraftwerks und des Zwischenlagers vertraglich geregelt. Bis spätestens 2034 soll sie vollendet sein. Und dann sollen alle BGZ-Gebäude in Kleinensiel auch durch eigene Zaunanlagen gesichert sein.

Das Zwischenlager 2 ist seit 2020 in Betrieb. Dort sind 232 Behälter mit Betriebs- und Rückbauabfällen aus dem KKKU eingelagert. Dort werden auch die weiteren Abfälle aus der KKKU-Demontage aufgenommen, aktuell die Teile des Reaktordruckbehälters. Wie Christian Otter mitteilt, beantragt die BGZ derzeit die Genehmigung für die Einlagerung weiterer Behältertypen und sorgt für den Aufbau der entsprechenden Anlagensicherungstechnik.

Im Zwischenlager 1 für schwach- und mittlerradioaktive Abfälle lagern 1995 Behälter mit Betriebs- und Rückbauabfällen aus dem KKKU und dem Kernkraftwerk Stade. Auch in diesem bereits seit 1981 genutzten Lager wird zurzeit die Sicherheitstechnik vom KKKU entkoppelt. Das Zwischenlager muss spätestens drei Jahre nach Inbetriebnahme eines Endlagers geräumt werden. Ob allerdings das Endlager Konrad, wie bisher geplant, 2027 tatsächlich für die Abfälle aus Kleinensiel aufnahmebereit sein wird, ist noch ungewiss. Im 2007 in Betrieb genommenen Brennelemente-Zwischenlager lagern abgebrannte Brennelemente aus dem Betrieb des Kernkraftwerks Unterweser in 40 Castor-Behältern. 80 Behälter hätten in dem Zwischenlager Platz. Jonas Wingert betont aber, dass keine weiteren Brennelemente, etwa aus anderen Kernkraftwerken, in Kleinensiel mehr eingelagert werden.

Am Standort Kleinensiel beschäftigt die BGZ momentan 32 Mitarbeiter. Im Brennelemente-Zwischenlager werden vor allem die Brandmeldeanlage, die Anlagensicherungssysteme sowie die Wasser- und Abwasserleitungen vom KKKU abgekoppelt.